

## GLATTWEGS

VON MARKO STEVIC

### AUF EINER BANK MIT NORMALEN LEUTEN

**I**mmer wieder höre ich das Gerücht, wie frech einige Bettler seien. Oder dass sie das Geld nur für Drogen und Alkohol ausgeben würden.

Kürzlich ging ich in die Bank, wo eine lallende Frau die Leute an den Bankomaten um Münzen bat. Auch mich. Ich sagte Nein. Sie fragte: «Wollen Sie mich verarschen?» Trotz der Verwendung des formellen «Sie» hätte ich sie wohl als Drogensüchtige abgestempelt, hätte ich nicht jüngst eine weitere Erfahrung mit gesellschaftlich Randständigen gemacht.

Nach einem Feierabend las ich ein Buch auf einer Parkbank, als ein Punk mit zerrissener Jacke und grünen Haaren mich um eine kleine Spende bat. Ich bot ihm einen Eiskaffee an, worauf wir ins Gespräch kamen. Im Nu wurden wir von seinen Kollegen eingekreist. So sass ich da mit einer Bier trinkenden und Hunde streichelnden Gesellschaft, wie ich sie sonst nur aus der Ferne kannte. Die meisten waren arbeitslos oder bezogen IV, einige waren obdachlos oder süchtig, so erzählten sie. Manche von ihnen tranken nie Bier und konsumierten niemals illegale Drogen, einige wurden medikamentös behandelt.

Bemerkenswert fand ich, dass sie sich – abgesehen von ihren Lebensläufen – nicht von meinen Freunden und Bekannten unterschieden. Allesamt erzählten sie, womit sie sich beschäftigten, von Musik, Sport, ihren Träumen, Vorlieben und Liebsten, und allem, womit sich «normale» Menschen beschäftigen.

Und jetzt stelle man sich vor, ich hätte ihm nicht einen Eiskaffee, sondern ein Bier angeboten. Und sei nach der Arbeit beim Lesen auf der Parkbank eingedöst. Folgender Schluss würde sich umso klarer aufdrängen: Die Grenzen zwischen sozialen Gruppen existieren eigentlich nur in den Köpfen.

# «NUR EIN BUCHHALTE

**BUDGET:** Der Gemeinderat senkte die Steuern auf ein Rekordtief. Finanzvorstand Martin Bäumle sagte an der Parlamentssitzung aber, die GRPK habe beim Voranschlag «unzulässige» Buchhalterübungen angewendet.

**I**n der Debatte des Dübendorfer Parlaments über den Voranschlag 2018 gab es am Montag im Reformierten Kirchgemeindezentrum (Rez) vom Stadtrat anfangs nur positive Nachrichten: Die Stadt habe ein ausserordentlich gutes Jahr hinter sich, verzeichne anhaltend hohe Steuereinnahmen, zusätzliche Erträge durch Einmaleffekte und könne deshalb den Steuerfuss der politischen Gemeinde wie geplant von 86 auf ein Rekordtief von 81 Prozent senken. Und am Ende der Sitzung schloss das Budget bei einem Aufwand von 168,6 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 27'5'400 Franken.

Für Finanzvorstand Martin Bäumle war die positive Bilanz aber nur ein «Buchhaltertrick.» Er warf der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) bei den Änderungsanträgen zum Voranschlag ein «unzulässiges» Verfahren vor: Um für das Schulhaus Wil eine Spezialfinanzierung von 2,32 Millionen Franken sprechen zu können, müsse ein positives Resultat ausgewiesen werden, sagt Bäumle. Dazu verzichte die Kommission auf den grössten Teil

der zusätzlichen Abschreibung. Mit dieser Massnahme aber sei kein Franken gespart. Man stehe so zwar buchhalterisch besser da, die Abschreibungen von 15,5 Millionen Franken würden aber verschoben – und damit breche die GRPK mit einer Praxis, die die Stadt Dübendorf seit 15 Jahren so handhabe. Der Gemeinderat stimmte den beiden Änderungsanträgen der GRPK trotzdem mit 27:5 respektive 29:5 Ja- zu Nein-Stimmen zu.

Von den insgesamt acht Änderungsanträgen wurde einzig der Antrag von

Paul Steiner (SVP) abgelehnt: Er schlug vor, den Budgetposten für die unterstützende Familienarbeit zu streichen, weil die Stadt in diesem Bereich bereits genügend Angebote bereitstelle.

### STEUERSENKUNG UMSTRITTEN

Für Diskussionen sorgte der Antrag, den Steuerfuss 2018 um 5 Prozentpunkte zu senken. Bereits innerhalb der GRPK sei der Antrag kontrovers diskutiert worden, sagte Andrea Kenel, Präsidentin der GRPK. Gegen die Senkung sprach sich Alexandra Freuler (SP) aus: Der Antrag sei für die



Die Stadt Dübendorf senkt die Steuern auf ein Rekordtief. Archivbild: Nicolas Zonvi

## DAS PARLAMENT WILL WEITERHIN

**DÜBENDORF:** Trotz Widerstand der SVP: Der Gemeinderat stimmt einem weiteren Integrationsprogramm für Migranten für die nächsten vier Jahre zu. Doch nicht alle Ausländer, die sich in Dübendorf niederlassen, profitieren davon.

**D**er Skandal rund um die Sozialhilfe (wir berichteten) trug Dübendorf vor rund einem Jahr den Ruf ein, bei der gesellschaftlichen Integration sozial schlechtergestellt nicht eben vorbildlich zu verfahren. Gehe es jedoch um die Integration von Migranten, komme der Stadt so etwas wie eine Pionierrolle zu – dies zumindest sagte EVP-Gemeinderätin Tanja Boesch für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) an der Parlamentssitzung vom Montag. Grund: Gemäss Kanton ist Dübendorf eine sogenannte Kerngemeinde,

die im Integrationsbereich über eine besonders ausgewogene Angebotspalette verfügt. Dafür gibt es eine Belohnung: Gemäss dem Kantonalen Integrationsprogramm 2 (KIP 2) übernimmt der Kanton 50 Prozent der Kosten, die in der Gemeinde für das Programm anfallen. Den Rest trägt die Gemeinde selbst. «Fokusgemeinden» mit einem weniger breiten Angebot als Dübendorf erhalten lediglich 45 Prozent.

### ERSTGESPRÄCHE UND SPRACHKURSE

Das KIP 2 läuft vom 1. Januar 2018 bis Ende 2021. Es löst das Kantonale Integrationsprogramm 1 (KIP 1) ab, eine Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinden und Kanton für die Jahre 2014 bis 2017. Gestützt auf das KIP 1 bewilligte der Dübendorfer Gemeinderat 80 Stellenprozente im Integrationsbereich. Diese waren bislang auf eine Integrationsbeauftragte

(40 Prozent) und zwei weitere Mitarbeiterinnen (je 20 Prozent) aufgeteilt. Die Angestellten führen zum Beispiel Erstgespräche mit fremdsprachigen Migranten durch, die neu nach Dübendorf ziehen. Sie betrei-

**«Dieses Programm ist Ausdruck einer Fehlentwicklung.»**

Patrick Walder, Gemeinderat SVP



ben einen Beratungsschalter und organisieren unter anderem Sprachkurse und Info-Veranstaltungen. Das KIP 1 hatte die Gemeinde Dübendorf jährlich 101'800 Franken gekostet, für das KIP 2 sollen Kosten von 130'000 Franken pro Jahr anfallen, was für die gesamte Laufzeit 520'000 Franken entspricht. Da die